

The background of the slide features a close-up, slightly blurred image of several hands working on a wooden desk. The hands are pointing at and writing on various documents that contain colorful financial charts, including pie charts, bar graphs, and line graphs. The lighting is bright, suggesting an office environment with natural light from a window in the background.

KfW Research Chartbook

Der Finanzplan der Bundesregierung

Ausgabenentwicklung und Konsolidierungsherausforderung

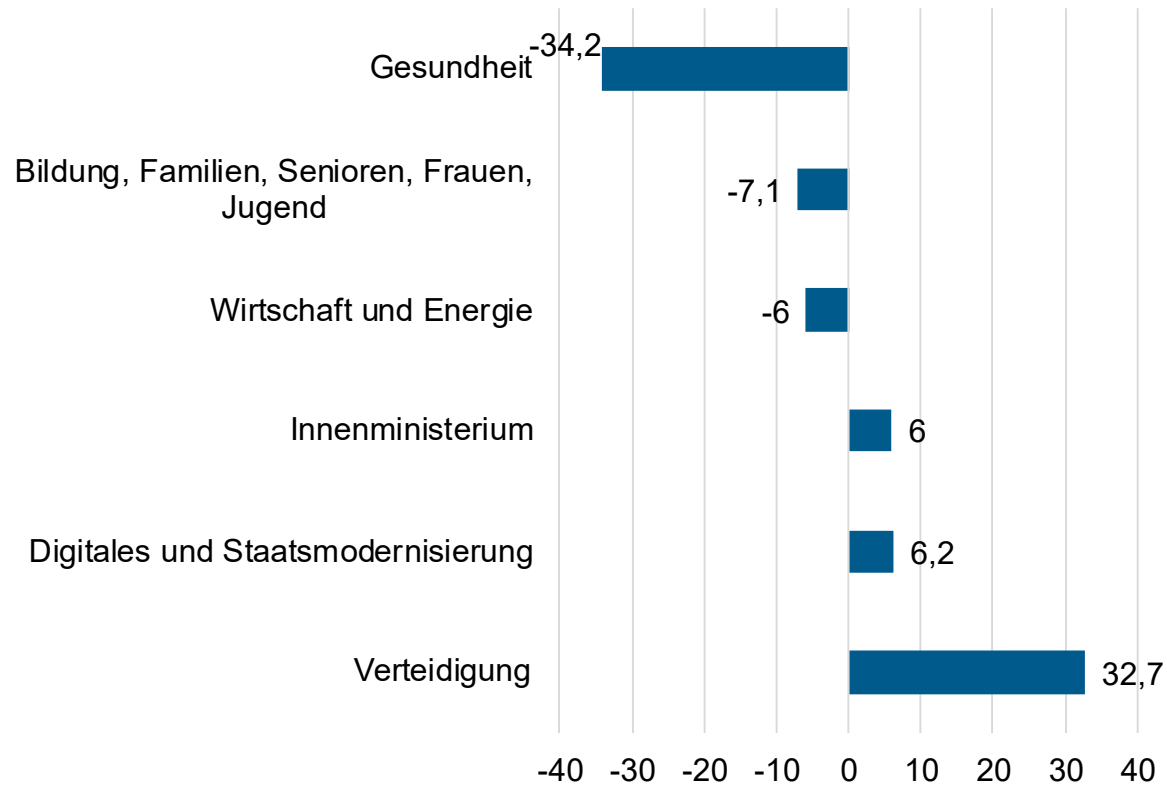
Dr. Philipp Scheuermeyer

August 2026

Die kurze Frist: Haushaltsentwurf 2027

Haushalt 2027: Handlungsbedarf aufgelöst, teilweise mit erheblichen Einsparungen

Ministerien mit den größten prozentualen Ausgabenveränderungen im Kernhaushalt 2027 vs. 2026



Notiz: Vergleich der Soll-Werte; nur Ausgaben im Kernhaushalt

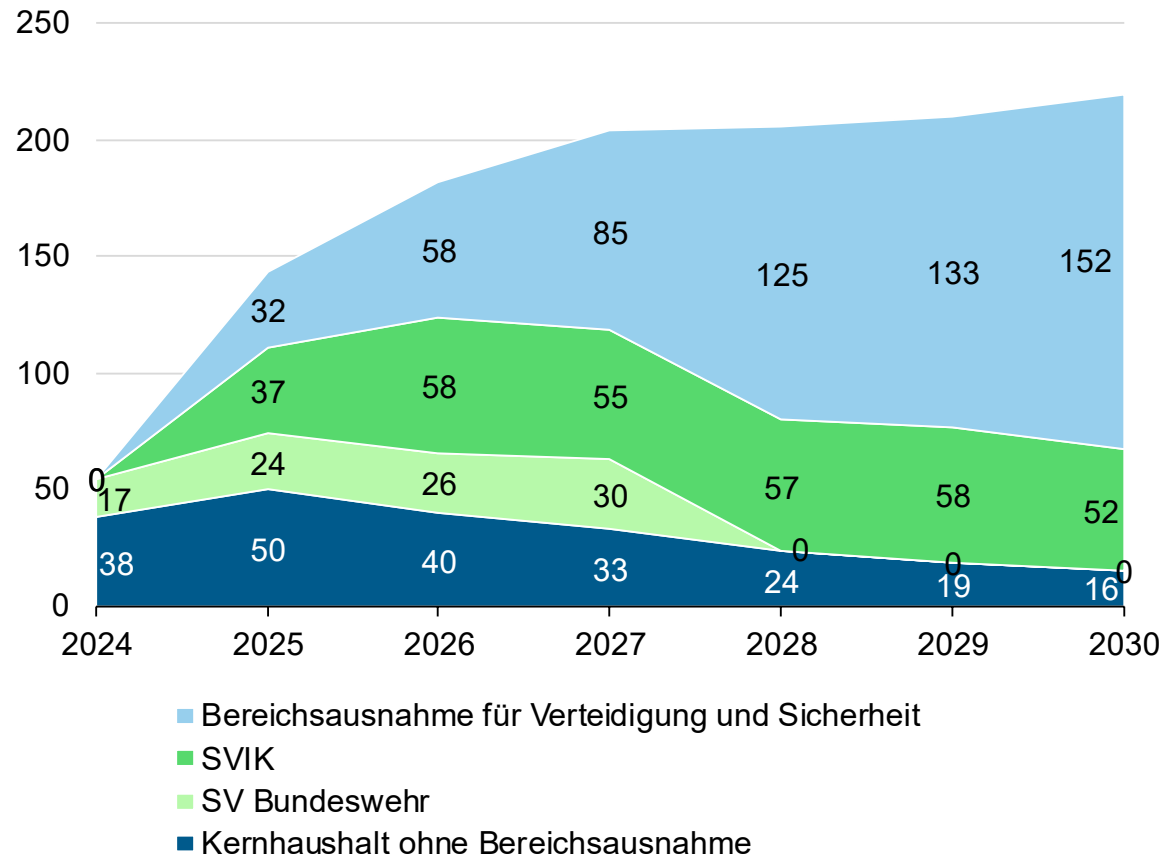
Quelle: BMF Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030

- Ein **Handlungsbedarf** (d.h. ungeklärte Lücke in der Haushaltsplanung) von 34 Mrd. EUR für 2027 wurde mit dem Regierungsentwurf aufgelöst.
- Hierfür mussten die Ministerien / Ressorts (ausgenommen Verteidigung) mindestens **1 %** des ursprünglich für 2027 geplanten Budgets einsparen. Hinzu kommen zusätzliche Effizienzmaßnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. EUR. Dies bedeutet nur für die Hälfte der Ministerien eine Reduktion der Ausgaben gegenüber 2026.
- Zu den **Sparmaßnahmen** der Ministerien gehören u.a. Einsparungen beim Wohn- und Elterngeld oder der Stopp des Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand. Den größten prozentualen und absoluten Sparbeitrag liefert das Gesundheitsministerium durch die Gesundheitsreform.
- **Zu diesen Konsolidierungsmaßnahmen hinzu** kommt ein Griff in die Rücklage, eine Verschiebung von Tilgungsverpflichtungen und eine Umleitung von Einnahmen aus dem Emissionshandel vom KTF in den Bundeshaushalt. Zu den steuerlichen Maßnahmen zählt die Einführung einer Plastiksteuer, Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer und eine geplante Zuckersteuer.
- Aufgrund der Verteidigungsausgaben steigen die Ausgaben im Kernhaushalt von 524,5 (2026) auf 555,4 Mrd. EUR (2027). Hinzu kommen die Ausgaben aus den Sondervermögen, sodass die **Gesamtausgaben** um 36 Mrd. auf 669 Mrd. EUR zunehmen.

Die mittelfristige Perspektive: Finanzplan bis 2030

Neuverschuldung steigt vor allem wegen der Verteidigungsausgaben – im Kernhaushalt zwingt die Schuldenbremse zur Konsolidierung

Nettokreditaufnahme des Bundes (Mrd. Euro)

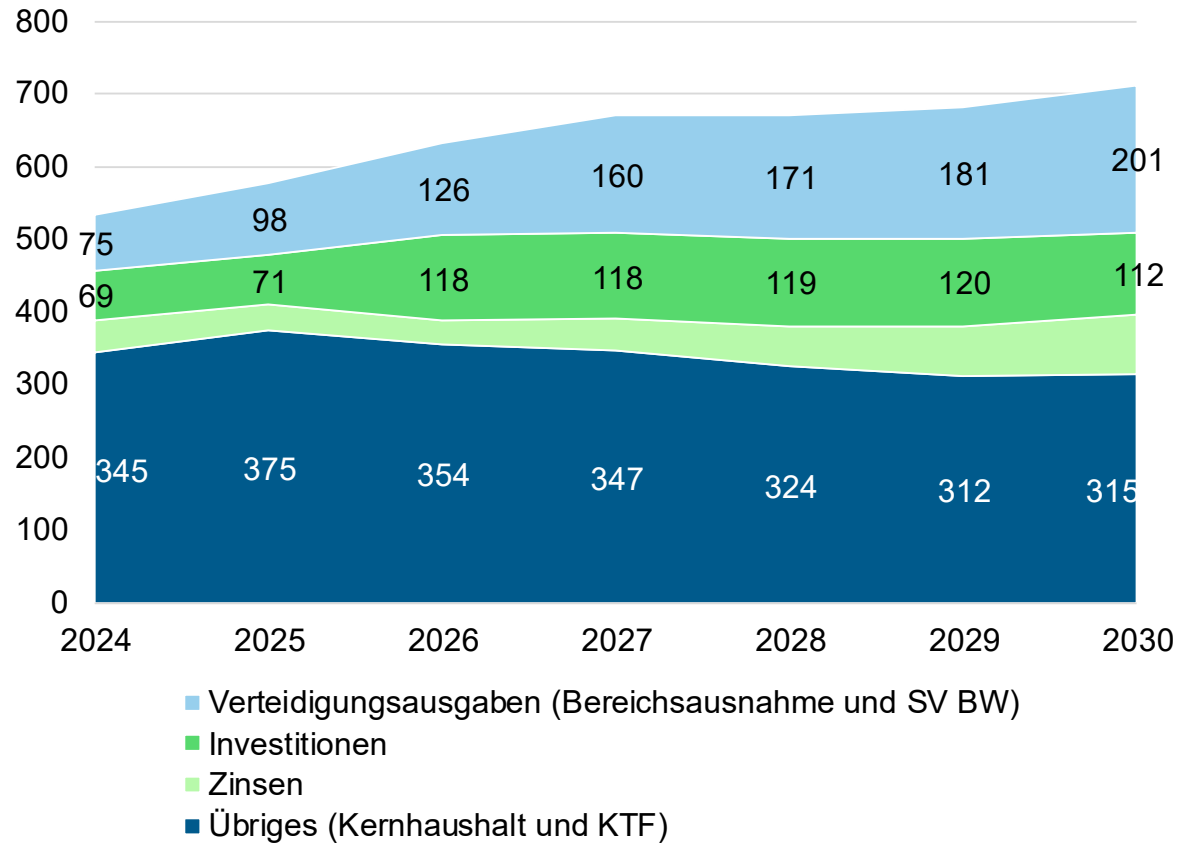


- Der Bund plant seine **gesamte Nettokreditaufnahme (NKA)** aus dem Bundeshaushalt und den Sondervermögen im Jahr 2027 laut Regierungsentwurf auf **204 Mrd. EUR** zu erhöhen, nach 182 Mrd. 2026 und 143 Mrd. EUR 2025. Das entspricht **4,3 %** des BIP. In den Folgejahren soll die NKA in etwa auf diesem Niveau bleiben. D.h. in Summe wirkt die Fiskalpolitik des Bundes vor allem 2026 und 2027 sehr expansiv.
- Durch die **Bereichsausnahme für Verteidigung und Sicherheit** sind breit definierte Verteidigungsausgaben von der Kreditbeschränkung der Schuldenbremse ausgenommen. Sie sind der Haupttreiber der Neuverschuldung.
- Dahinter rangiert die Kreditaufnahme für die Ausgaben aus dem **Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK)**, für das über 12 Jahre hinweg insgesamt 500 Mrd. EUR aufgenommen werden dürfen.
- Für den **Kernhaushalt (ohne Bereichsausnahme)** gelten dagegen die **Grenzen der Schuldenbremse**. Hier muss die NKA auf 0,35 % des BIP zurückgeführt werden, d.h. der Bund muss die Kreditaufnahme von 40 Mrd. EUR auf nur noch 16 Mrd. EUR zurückführen.

Quelle: BMF Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030; Dezernat Zukunft

Verteidigungs- und Investitionsausgaben steigen, ebenso die Zinslast – andere Ausgaben müssen sinken

Gesamtausgaben des Bundes (Mrd. Euro)

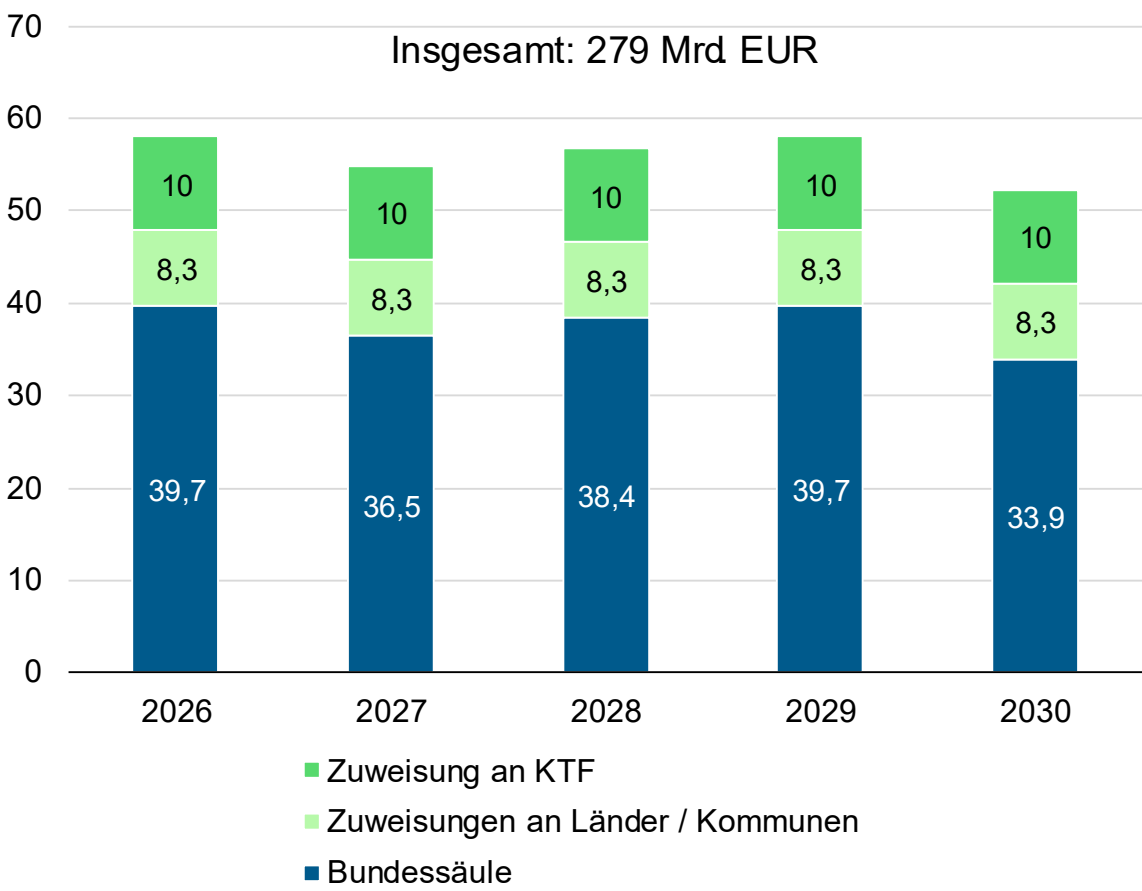


Quelle: BMF: Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030, Wirtschaftsplan KTF 2027; eigene Berechnungen in Anlehnung an [Dezernat Zukunft](#).

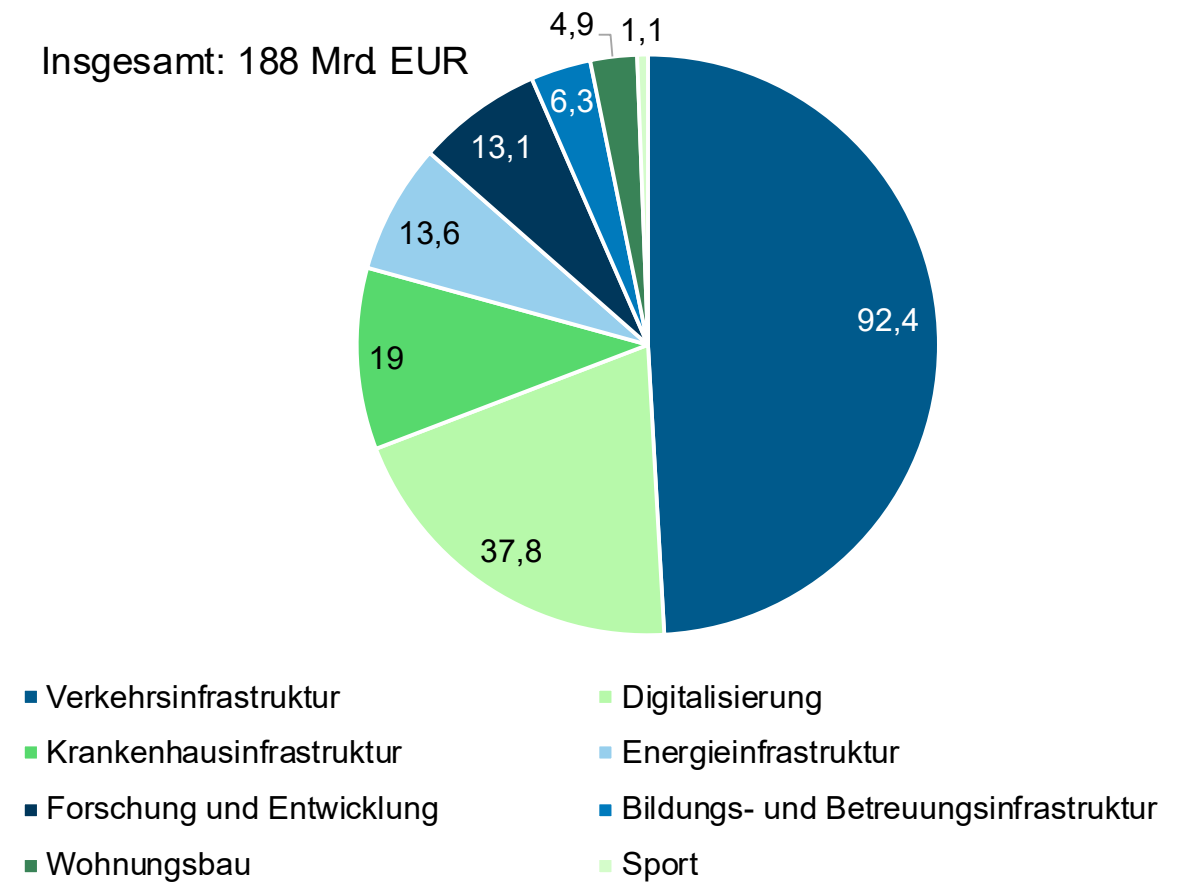
- Für **Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben** gibt es keine Kreditgrenze, sie sollen sich von 2025 bis 2030 auf 201 Mrd. EUR verdoppeln. Bis 2029 will der Bund so die Nato-Quote von 3,5 % des BIP erfüllen. Im Haushaltsentwurf ist hier für 2027 ein Zuwachs von 30 Mrd. auf 160 Mrd. EUR vorgesehen (Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben).
- Investive Ausgaben** können mit etwa 50 Mrd. EUR pro Jahr durch das SVIK kreditfinanziert werden. D.h. auch hier ist im Vergleich zu 2024/2025 ein deutlicher Zuwachs eingeplant. Sie sollen von 2026 bis 2030 bei fast 120 Mrd. EUR jährlich liegen.
- Durch die hohe Neuverschuldung und das seit 2022 gestiegene Zinsniveau steigt die **Zinslast**. Das BMF rechnet mit einem Anstieg der Zinsausgaben von 34 auf rund 81 Mrd. EUR bis 2030.
- Für alle **übrigen Staatsausgaben** besteht dagegen Konsolidierungsdruck. Sie müssen von 2026 bis 2030 **durchschnittlich um 3 % pro Jahr zurückgehen** (insg. um 11 %), wobei durch die Inflation ein Kaufkraftverlust der Ausgaben hinzukommt. Wo die Sparmaßnahmen noch völlig unklar sind, entsteht der sogenannte **Handlungsbedarf**: Er wurde für 2027 aufgelöst. Für 2028 liegt er noch bei 22 Mrd. EUR, 2029 bei 38 Mrd. und 2030 bei 47 Mrd. EUR.

Aktualisierte Planung für die Ausgaben aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)

Jährliche Ausgaben des SVIK (Mrd. Euro)



Ausgaben in der Bundessäule von 2026–2030 (Mrd. Euro)

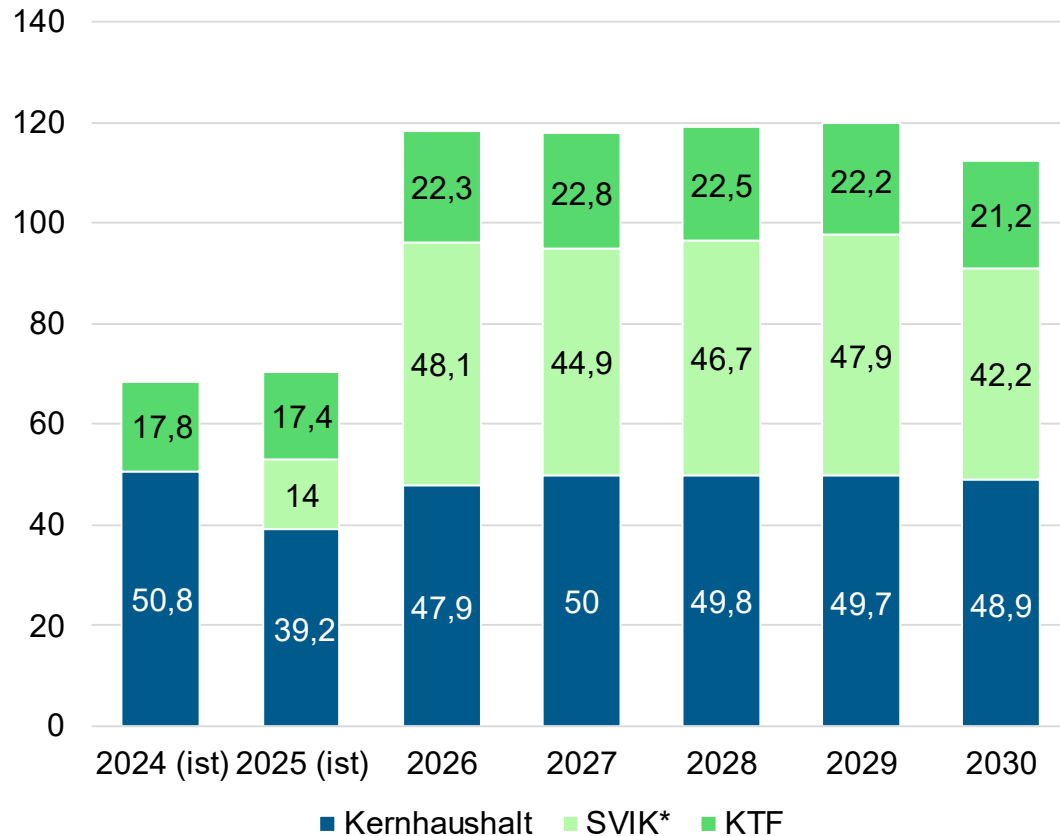


Quelle: BMF Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030

Investive Ausgaben des Bundes sollen insgesamt deutlich steigen

Verwirklichte und geplante (2026ff.) investive Ausgaben

(Mrd. Euro)



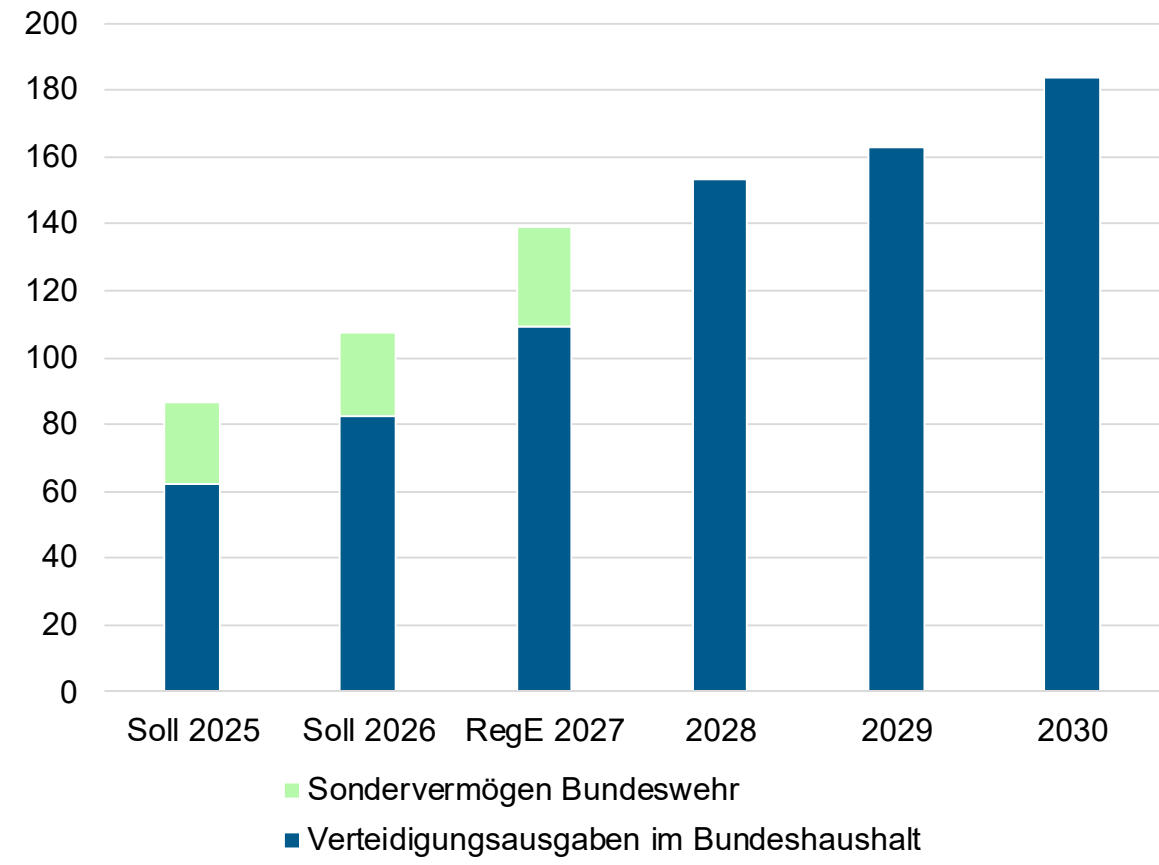
Notiz: *Ohne Zuweisungen an den KTF; alle Investitionen ohne finanzielle Transaktionen

Quelle: BMF: Wirtschaftsplan des KTF, Monatsbericht Januar 2026

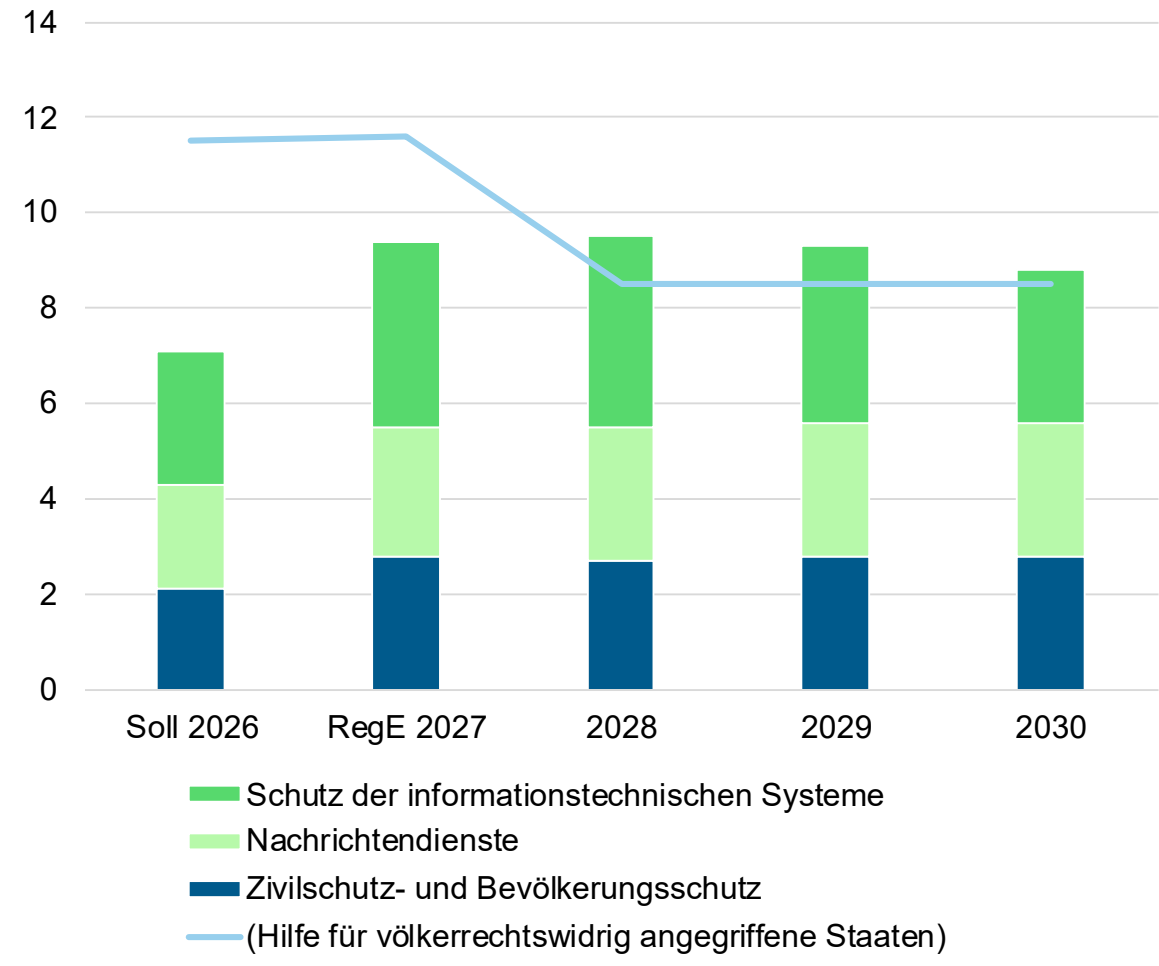
- Die investiven Ausgaben sollen von 2025 auf 2026 erheblich steigen und dann auf einem hohen Niveau von fast 120 Mrd. EUR jährlich bleiben
- In der Planung werden die Investitionen aus dem SVIK nicht durch geringere Investitionen im Kernhaushalt oder KTF kompensiert. Die im Gesetz zum Sondervermögen vorgeschriebene Investitionsquote von 10 % im Kernhaushalt muss aber nur in der Planung eingehalten werden. In der Ausführung kann sie unterschritten werden.
- Investive Ausgaben sind laut Haushaltsrecht nicht nur Investitionen des Staates selbst. Für 2026 und 2027 belaufen sie sich nur etwa zur Hälfte auf öffentliche Leistungen. Investitionszuschüsse an Haushalte und Unternehmen spielen ebenfalls eine große Rolle.
- Unabhängig davon ist eine volle Verausgabung der investiven Ausgaben unwahrscheinlich. Die Quote der tatsächlichen zu den geplanten Investitionen liegt meist bei 70 bis 90 %.

Verteidigungsausgaben sollen 2027 auf 139 Mrd. EUR anwachsen; weitere Sicherheitsausgaben sind bei 7 bis 9 Mrd. EUR eingeplant

Geplante Verteidigungsausgaben (Mrd. Euro)



Geplante Sicherheitsausgaben und Ukraine-Hilfe (Mrd. Euro)

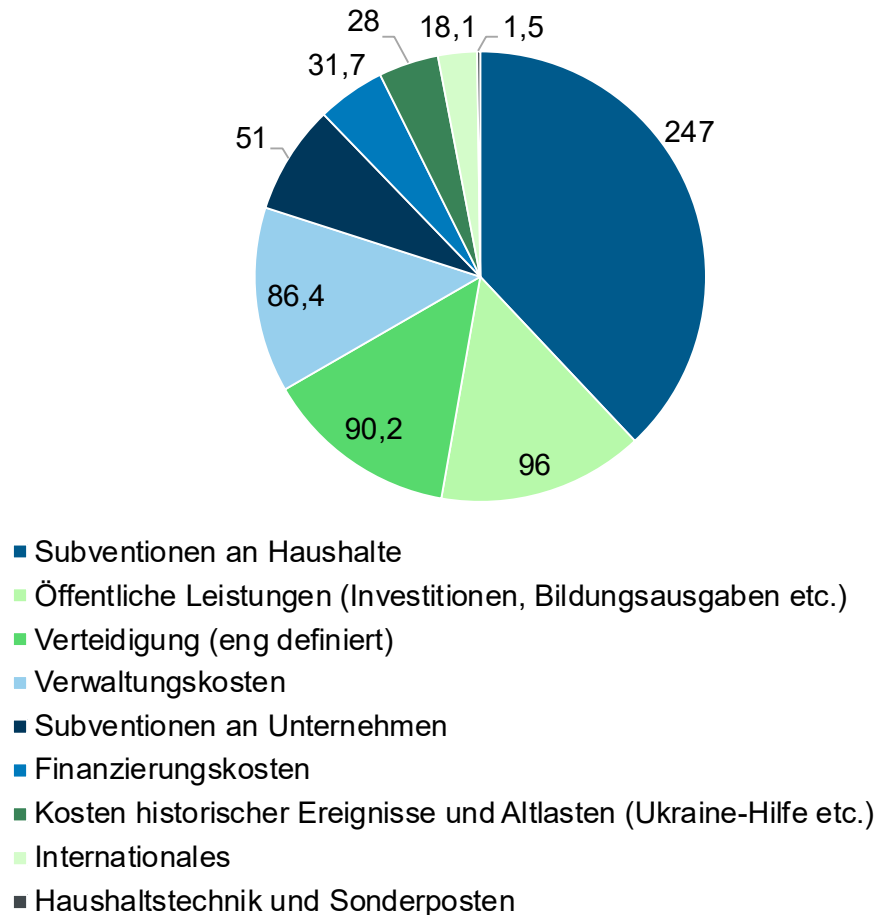


Quelle: BMF: Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030

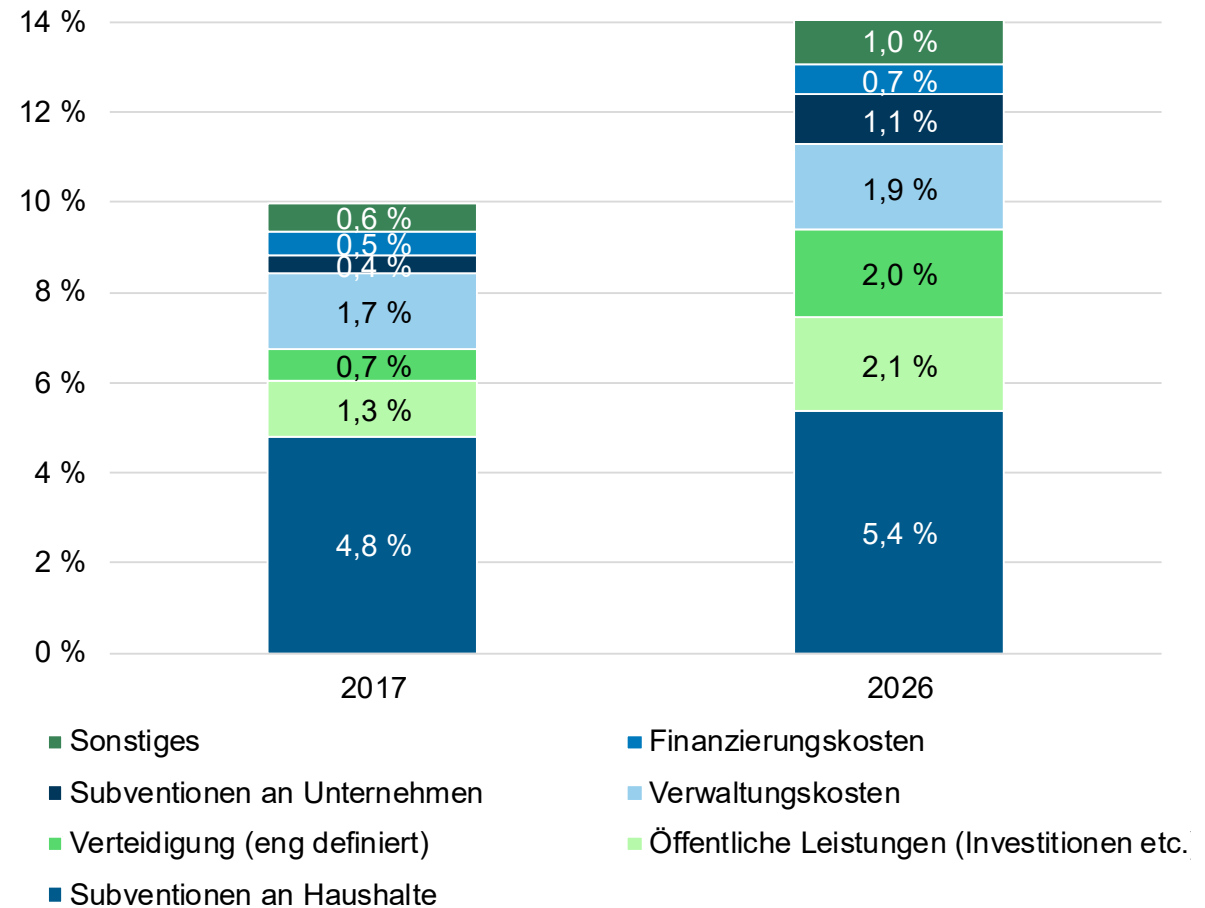
Treiber des Ausgabenaufwuchses und Konsolidierungsherausforderung

2026: Ausgaben des Bundes nach Politikfeldern und Empfänger; Subventionen an die Haushalte sind mit 38 % der größte Posten

Gesamtausgaben des Bundes 2026 in Mrd. EUR



Gesamtausgaben des Bundes in Prozent des BIP

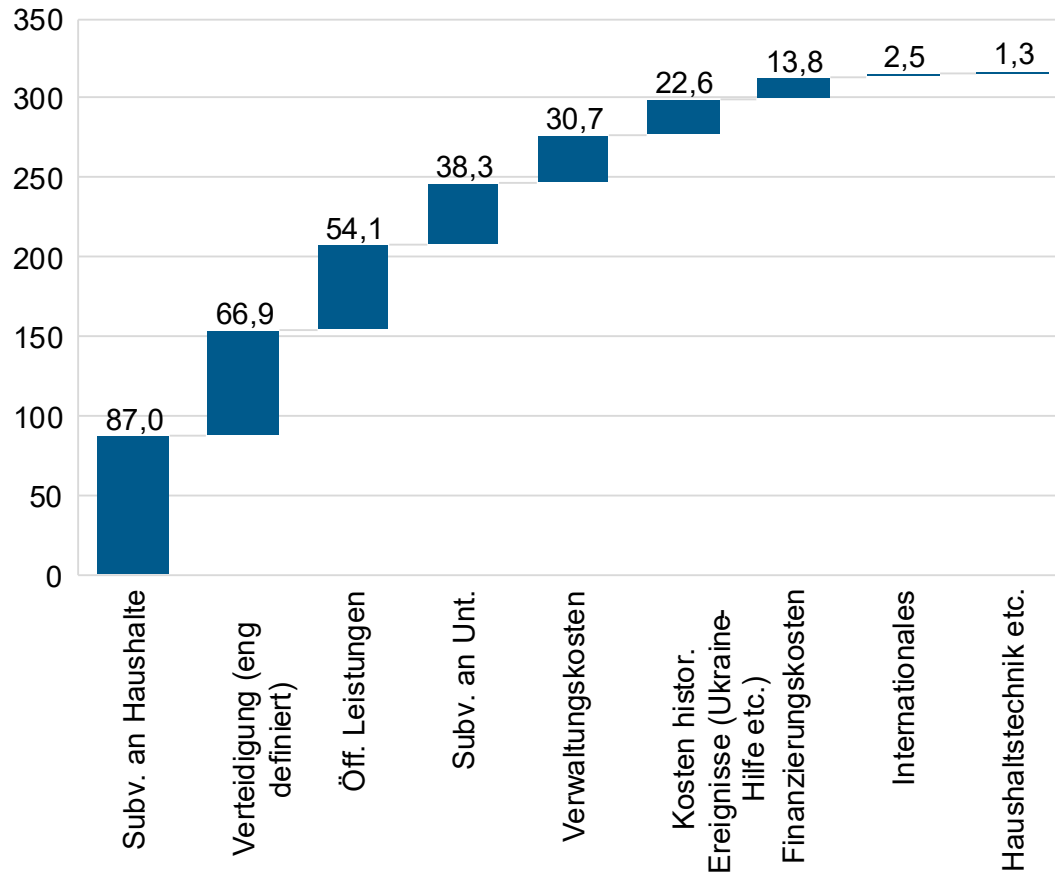


Quelle: BMF, Dezernat Zukunft Haushaltstracker

Quelle: BMF, Dezernat Zukunft Haushaltstracker, eigene Berechnungen mit BIP Projektionen der EU Kommission

Ausgabenaufwuchs über die letzten 10 Jahre: Demografie, Aufrüstung, Investitionsanstieg und Energiesubventionen

Ausgabenanstieg von 2017 auf 2026 in Mrd. EUR

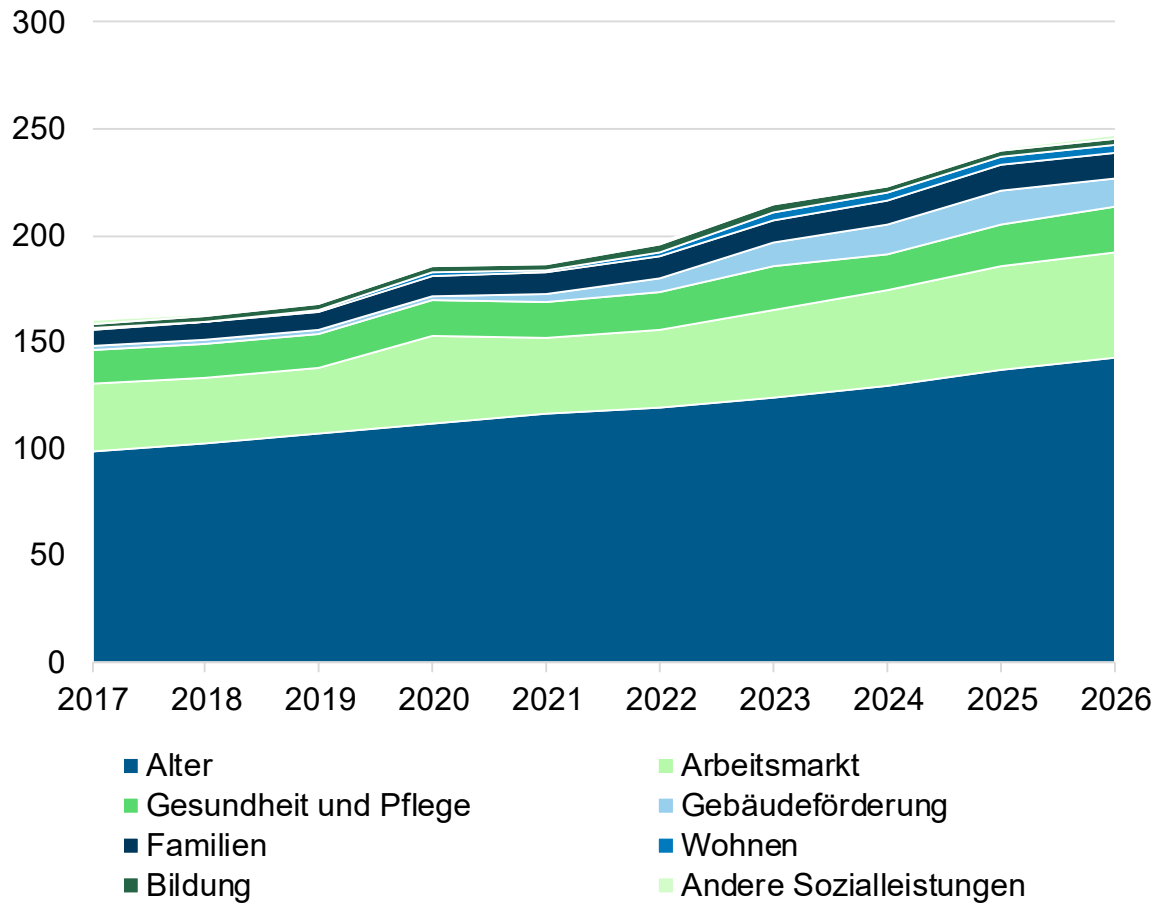


- Anstieg der **Subventionen an die Haushalte (+54 %)** ist vor allem durch die demografische Alterung getrieben. Als größter Posten ist ihr absoluter Wachstumsbeitrag groß. Der %-Anstieg ist größer als der des nominalen BIP (+38 %), aber kleiner als der Ausgabenanstieg insgesamt (+95 %).
- Anstieg der **Verteidigungsausgaben (+287 %)** als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine. Bis 2029 sollen sie gemäß NATO-Verpflichtung bis auf 3,5 % des BIP ansteigen.
- Anstieg der **öffentlichen Leistungen (+129 %)** ist zum Großteil durch investive Ausgaben aus dem SVIK getrieben. Hier werden bspw. offensichtliche Investitionslücken bei der Bahn adressiert.
- **Subventionen an Unternehmen** machen zwar nur 8 % der Gesamtausgaben aus, aber ihr prozentualer Anstieg ist mit **+302 %** sehr markant. Hier macht sich vor allem ein massiver Zuwachs von **Energiesubventionen** bemerkbar: Sie belaufen sich auf 27,5 Mrd. von 51 Mrd. EUR an Unternehmenssubventionen. Größter Einzeltitel ist die EEG-Umlage.
- Prozentualer Anstieg der **Verwaltungskosten** ist mit +55 % unterdurchschnittlich; Kosten **historischer Ereignisse** sind vor allem die Ausgaben für die Unterstützung der Ukraine.

Quelle: BMF, Dezernat Zukunft Haushaltstracker

Der größte Posten: Subventionen (Unterstützungsleistungen) an Haushalte vor allem durch Alterssicherung getrieben

Subventionen an Haushalte in Mrd. EUR

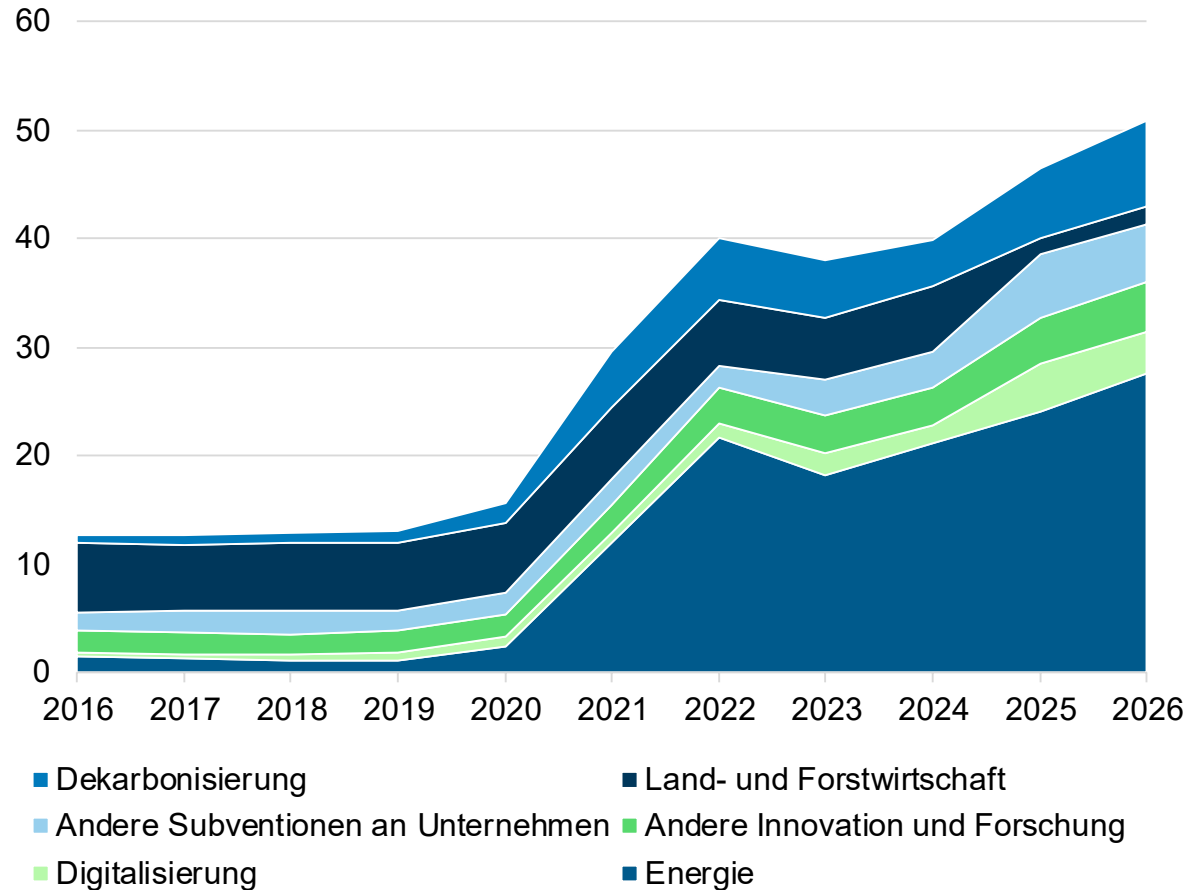


- **Kosten der Alterssicherung** (142 Mrd. EUR 2026) entstehen vor allem durch Zuschüsse an die Rentenversicherung, diese gleichen nicht beitragsgedeckte Leistungen aus.
- Mit deutlichem Abstand folgen die Ausgaben für **Arbeitslose und Geringverdiener („Arbeitsmarkt“)**. Sie belaufen sich 2026 auf rund 50 Mrd. EUR, wobei der Großteil für Bürgergeld (28 Mrd. EUR) sowie dem Zuschuss für die Wohnkosten verwendet wird (13 Mrd. EUR).
- Der **Anstieg der Haushaltssubventionen** während der letzten 10 Jahre ist vor allem durch die demografische Alterung getrieben. Ferner spielt auch die Verschlechterung am Arbeitsmarkt eine Rolle. Viele Leistungen sind aber garantiert oder durch das Grundgesetz nach unten begrenzt.
- Den höchsten prozentualen Zuwachs gab es bei der **Gebäudeförderung**, die von 1 Mrd. auf 12,6 Mrd. EUR angestiegen ist und nunmehr die viertgrößte Ausgabenkategorie ausmacht.

Quelle: BMF, Dezernat Zukunft Haushaltstracker

Der dynamischste Posten: Subventionen an Unternehmen vor allem durch Energiepreishilfen getrieben

Subventionen an Unternehmen in Mrd. EUR



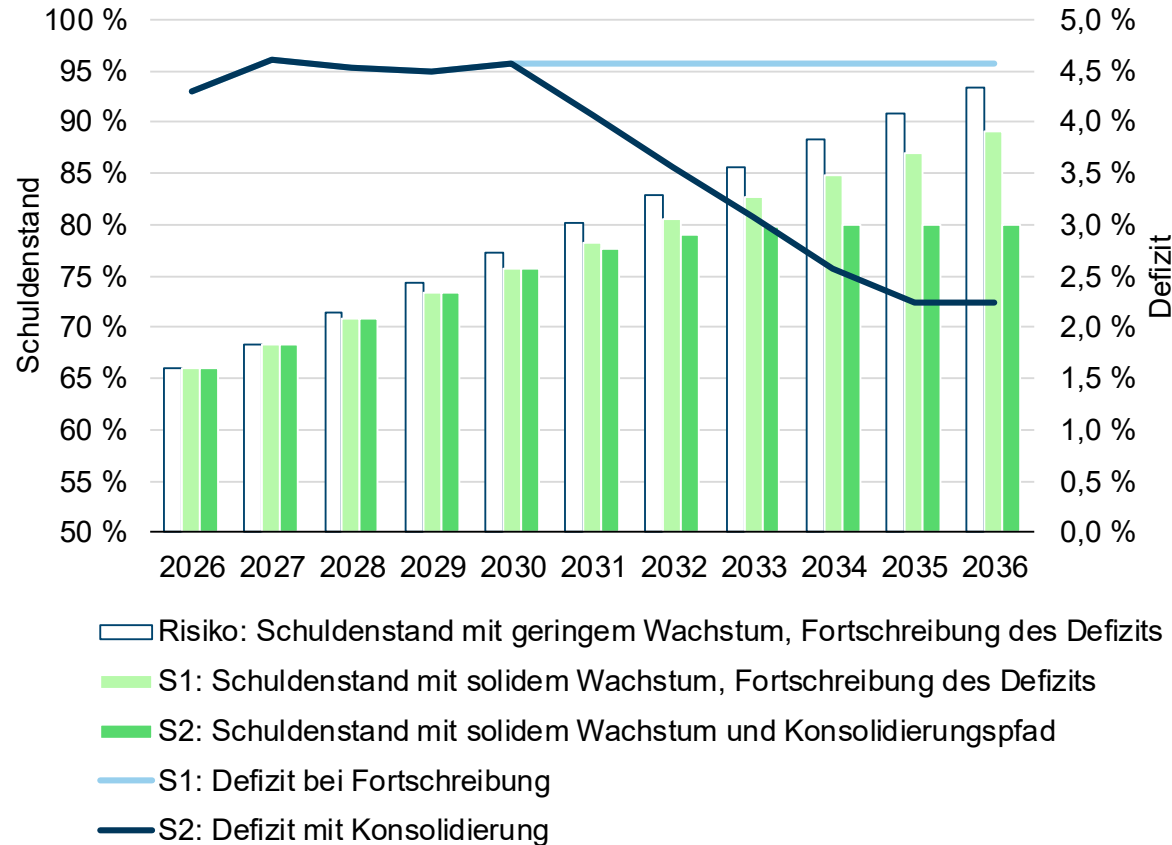
- **Subventionen an Unternehmen** sind mit 51 Mrd. EUR oder 1,1 % des BIP ein relativ kleiner Posten. Der **Zuwachs** von 2017 bis 2026 ist mit **+302 %** aber der **prozentual stärkste**.
- Hauptfaktor sind die **Energiepreissubventionen** mit **27,5 Mrd. EUR**, wobei hier wiederum der Zuschuss für die Entlastung beim Strompreis (ehemals EEG Umlage) mit 16,2 Mrd. EUR der größte Posten ist. Er fließt an die Betreiber von Anlagen für erneuerbare Energien, um die Energiewende zu unterstützen und kommt letztendlich Unternehmen und Haushalten als Stromverbraucher zugute. Weitere gewichtige Zuschüsse zur Senkung der Kosten der Energiewende beim Stromverbraucher sind der Netzentgeltzuschuss (6,5 Mrd. EUR) und die Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen (4 Mrd. EUR). Zuschüsse zur Erleichterung der **Dekarbonisierung** sind mit **8 Mrd. EUR** die zweitgrößte Subventionskategorie.
- Industriepolitische Subventionen für einzelne Unternehmen machen dagegen nur einen kleinen Anteil aus. Die Zuschüsse für den Aufbau von neuen Halbleiter-Fabriken in Deutschland sind 2026 etwa in einem Haushaltstitel mit einem Gesamtvolumen von 2,5 Mrd. EUR eingeplant (Kategorie: Digitalisierungssubventionen.)

Quelle: BMF, Dezernat Zukunft Haushaltstracker

Um die Schuldenquote in den 2030er-Jahren bei 80 % zu stabilisieren, müsste das gesamtstaatliche Defizit wohl von 4½ auf rund 2 % sinken

Schuldenstand und gesamtstaatliches Defizit

(in Prozent des BIP)



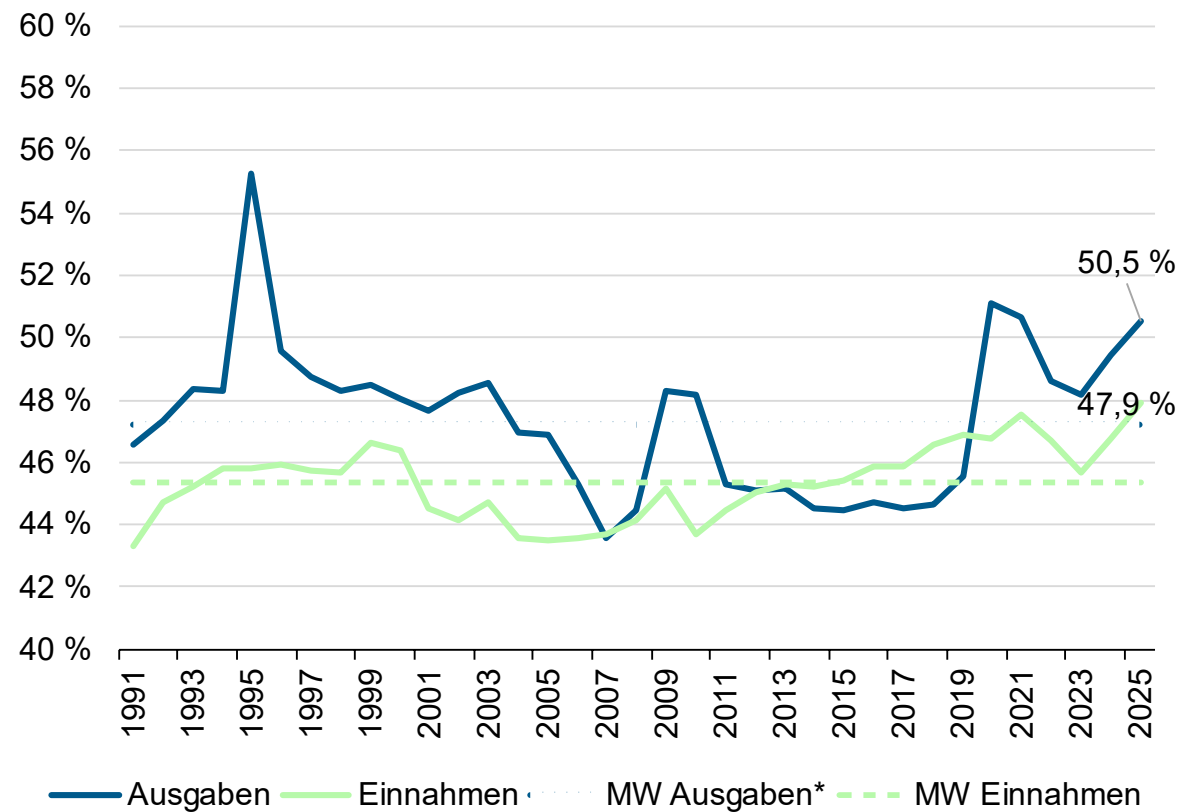
Notiz: geringes Wachstum: nominal 2,2–2,3 % p.a.; Solides Wachstum: nominal 3 % p.a.

Quelle: BMF Regierungsentwurf des Haushalts 2027 und Finanzplan 2028–2030; Berechnungen von KfW Research

- Die **Entwicklung der Schuldenstandquote** hängt vom gesamtstaatlichen Defizit und vom nominalen Wachstum ab.
- Szenario 1:** Zusammen mit der Neuverschuldung von Ländern und Kommunen (Schuldenbremse: $\leq 0,35$ % des BIP) dürfte das **gesamtstaatliche Defizit in den Jahren bis 2030 bei rund 4½ %** des BIP liegen. Das BMF rechnet längerfristig (2028ff.) mit einem **nominalen Wachstum von 3,0 %** (real 0,9 %). Die Schuldenquote würde so bis 2030 auf 76 % des BIP ansteigen und **bei gleichbleibendem Defizit bis 2036 fast 90 %** des BIP erreichen.
- Szenario 2:** Um die **Schuldenquote** im Laufe der 2030er-Jahre bei **80 % des BIP zu stabilisieren**, müsste das **gesamtstaatliche Defizit** bei 3 % Nominalwachstum dann auf **2,3 % des BIP sinken**. Für den **Bund** wäre noch ein **Defizit von knapp 2 %** möglich.
- Risikoszenario:** Falls das **Wachstum niedriger ausfällt**, müsste das Defizit für eine Stabilisierung des Schuldenstand noch stärker reduziert werden. Der SVR etwa sieht das reale Wachstumspotenzial in den nächsten Jahren nur bei 0,2 bis 0,3 %, insbesondere weil die demografische Alterung auf dem Arbeitsangebot lastet. Mit moderat positiven Wachstumseffekten durch den **Einsatz von KI** erscheint ein Wachstumspotenzial von nominal 3 % und real rund 1 % aber erreichbar.

Gesamtstaat: Ausgaben und Einnahmen historisch hoch; international liegt deutsche Abgabenquote am Rande des vorderen Drittels

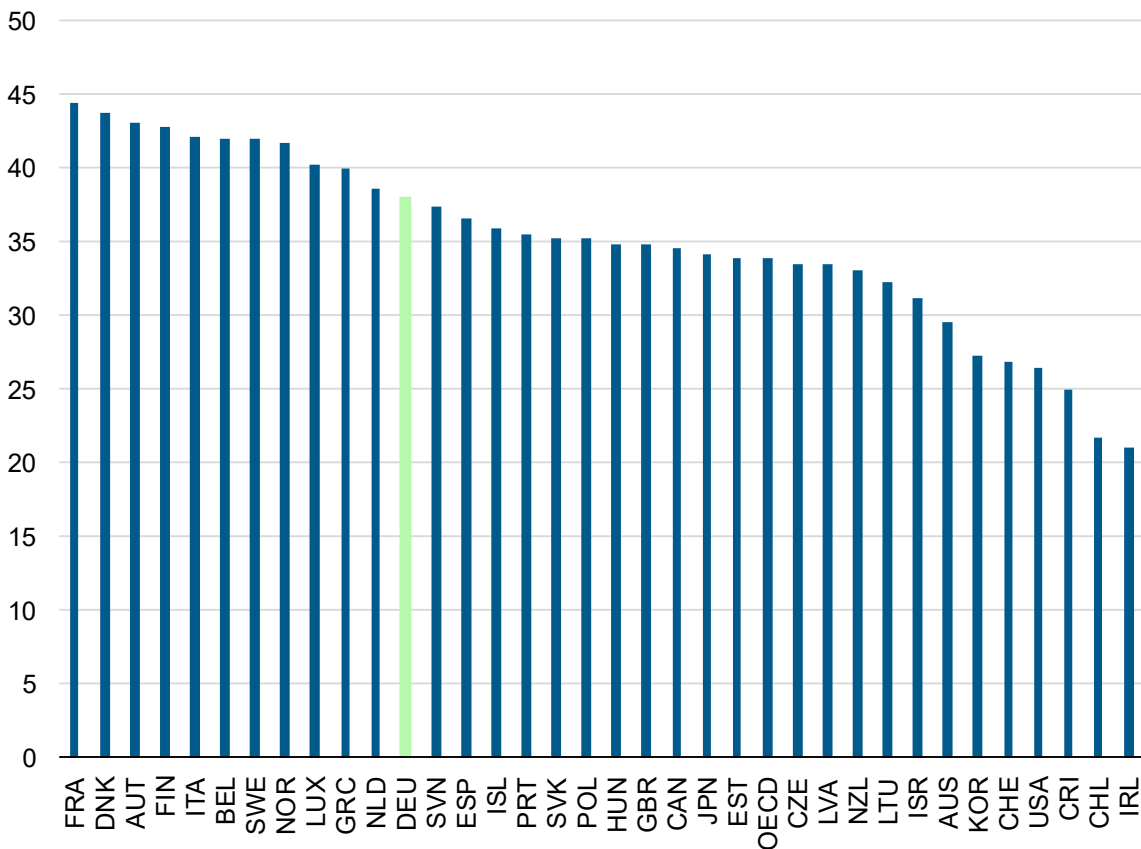
Deutschland: Staatsausgaben und Einnahmen
(in Prozent des BIP)



Notiz: *Mittelwert (MW) ohne 1995, da sehr hohe Ausgaben hier durch einen statistischen Sondereffekt bedingt wurden (Übernahme der Treuhandschulden)

Quelle: Statistisches Bundesamt
KfW

OECD: Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge)
(in Prozent des BIP)



Notiz: Nach Definition der OECD; Jeweils Mittelwerte für die Jahre 2022–2024

Quelle: OECD

**Fazit: Ausgabenaufwuchs und
gleichzeitig Konsolidierungsdruck**

Zusammenfassung

- Der Bund plant seine **gesamte Nettokreditaufnahme (NKA)** aus dem Bundeshaushalt und den Sondervermögen im Jahr **2027** laut Regierungsentwurf auf **204 Mrd. EUR** zu erhöhen, nach 182 Mrd. 2026 und 143 Mrd. EUR 2025. Das entspricht **4,3 %** des BIP. In den Folgejahren **bis 2030** soll die NKA in etwa auf diesem Niveau bleiben. D.h. in Summe wirkt die Fiskalpolitik des Bundes vor allem 2026 und 2027 sehr expansiv. Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben sollen sich von 2025 bis 2030 auf 201 Mrd. EUR verdoppeln. Investive Ausgaben sind von 2026 bis 2030 mit jährlich fast 120 Mrd. EUR eingeplant, ausgehend von 71 Mrd. EUR an realisierten Investitionen im Jahr 2025. Durch die hohe Neuverschuldung und das seit 2022 gestiegene Zinsniveau steigt aber auch die Zinslast. Das BMF rechnet mit einem Anstieg der Zinsausgaben von 34 auf rund 81 Mrd. EUR bis 2030.
- Während das Grundgesetz inzwischen eine unbegrenzte Kreditfinanzierung von Verteidigungsausgaben und in den nächsten Jahren auch signifikante Spielräume für Investitionen erlaubt, herrscht **bei den übrigen Ausgabekategorien Konsolidierungsdruck**. Sie müssen gemäß Schuldenbremse und aktuellem Finanzplan der Bundesregierung nominal von 2026 bis 2030 um 11 % sinken. Die Schuldenquote würde wegen der Investitions- und vor allem der Verteidigungsausgaben dennoch weiter ansteigen. Das **gesamtstaatliche Defizit** liegt in den nächsten Jahren voraussichtlich bei **rund 4½ % des BIP** und die Schuldenquote steigt nach unserer Berechnung bis 2030 auf 76 % des BIP. Ohne weitere Konsolidierungsanstrengungen könnte eine Quote von 90 % in der zweiten Hälfte der 2030er-Jahre überschritten werden. Gelingt es aber das gesamtstaatliche Defizit in den 2030ern schrittweise auf rund 2 % zu reduzieren (max. 2,3 %), ist eine Stabilisierung der Schuldenquote bei 80 % des BIP möglich.
- **Das Zurückfahren der Staatsausgaben ist herausfordern:** Der Anstieg der Verteidigungsausgaben ist durch die russische Aggression sowie dem Rückzug der USA begründet. Bei Investitionen gibt es nach jahrelangem Verschleiß der Infrastruktur und wegen neuen Bedarfen – etwa für Digitalisierung und die klimaneutrale Transformation – weiterhin Lücken. Der Bedarf an staatlichen Unterstützungsleistungen nimmt in einer alternden Gesellschaft zu. Schließlich hängt die Akzeptanz der klimaneutralen Transformation von bezahlbaren Energiepreisen für Haushalte und wettbewerbsfähige Energiekosten für Unternehmen ab, was durch Subventionen und Investitionszuschüsse ermöglicht wird. Zusätzliche Ausgabenbedarfe würden hinzukommen, wenn man der gewachsenen globalen industriepolitischen Aktivität (insbesondere in China) entgegenhält und die Unternehmenssubventionen weiter hochfährt.
- Für eine Konsolidierung wird eine **Priorisierung** der Ausgaben nach der Effizienz der einzelnen Haushaltstitel nötig. Es gilt Mitnahmeeffekte zu vermeiden und Unterstützungsleistungen an Haushalte stärker sozial zu staffeln. Auch bei Verteidigungsausgaben ist auf Effizienz zu achten. Die Umsetzung der Empfehlungen der Rentenkommission ist wichtig, um den Ausgabenaufwuchs etwas einzudämmen. Außerdem dürfte auch eine Umsetzung des im Juli beschlossenen Reformpakets helfen, indem es das Wachstum mittelfristig anschiebt. Bei höherem **Wachstum** sinken manche Ausgabenbedarfe und der Schuldenstand kann mit einem höheren Defizit stabilisiert werden.

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-9888
www.kfw.de/research

Autor

Dr. Philipp Scheuermeyer
Telefon 069 7431-4017
philipp.scheuermeyer@kfw.de

Disclaimer

Dieses Papier gibt die Meinung der Autorinnen wider und repräsentiert nicht notwendigerweise die Position der KfW.



Bank aus Verantwortung